

Protokoll

über die 33. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Wedel am Montag
dem 12.09.2016, im Sitzungsraum Caudry des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:40 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener
Herr Christian Fuchs
Frau Heidemargret Garling
Herr Michael C. Kissig
Herr Michael Schernikau

Fraktionsvorsitzender
i.V.f.Herrn Peter Kramer

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan
Frau Birgit Neumann-Rystow

Ausschussvorsitzender
i.V.f.Herrn Andreas Schnieber

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer
Herr Thomas Grabau

i.V.f.Herrn Olaf Wuttke

SPD-Fraktion:

Frau Sophia Jacobs-Emeis
Herr Wolfgang Rüdiger

Fraktionsvorsitzende

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy

Fraktionsvorsitzender

Seniorenbeirat:

Frau Bärbel Rannegger
Herr Walter Winkler

Seniorenbeirat (Vertreterin für Frau Dr.
Klug)

Umweltbeirat:

Herr Maximilian vom Bruch

Umweltbeirat

Verwaltung:

Herr David Karohl
Herr Niels Schmidt
Herr Volkmar Scholz
Frau Martina Weisser

zu TOP 12 ,13
Bürgermeister

Schriftführerin

Herr Jens Zwicker zu TOP 10

Stadtwerke:

Herr Adam Krüppel zu TOP 15.2

...:

Frau Angela Gärke zu TOP 15.3

Herr Rolf Jagemann

Frau Susanne Lustig zu TOP 6.2

Frau Rebecca Thoß zu TOP 5

Herr Oliver Wleklinski

Es fehlte entschuldigt:

CDU-Fraktion:

Herr Peter Kramer 1. stellv. Bürgermeister

WSI:

Herr Andreas Schnieber 2. stellv. Bürgermeister

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Olaf Wuttke Fraktionsvorsitzender

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung

Es waren außerdem mehrere Vertreter der örtlichen Presse und bis zu 5 Zuhörerinnen und Zuhörer anwesend.

Um 19:00 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Dr. Bakan alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Herr Dr. Bakan verweist auf die verteilten nachgereichten Unterlagen und die Tischvorlagen zu den TOPs 4, 5, 6.2.

Der Ausschuss beschließt sodann einstimmig:

Beschluss

Die TOP 9 bis 15.3 werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

- 1.) Einwohnerfragestunde
- 2.) Anhörung der Beiräte
- 3.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 12.07.2016
- 4.) Schriftliche Anfragen
- 5.) Ergebnisse der Interfraktionellen Arbeitsgruppe www.wedel.de
Vorlage: BV/2016/084
- 6.) Haushalt
 - 6.1 Mündlicher Sachstandsbericht
 - 6.2 Strategische Ziele der Stadt Wedel - Umformulierung des Handlungsfeldes 7 - Finanzen
Vorlage: BV/2016/075/1
- 7.) Mitteilungen und Anfragen
 - 7.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen, Prüfaufträgen und To-do-Liste
- 8.) Jahresabschluss 2012
Feststellung des Ergebnisses
Vorlage: BV/2016/079

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 9.) Bericht der Stabsstelle Prüfdienste über die Jahresrechnung 2012 sowie die Stellungnahme des Bürgermeisters
Vorlage: MV/2016/073
 - 10.) Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein zum Energiemanagement in den Mittelstädten
Vorlage: BV/2016/087
 - 11.) Grundstücksangelegenheit im Bereich Wedel Nord
Vorlage: BV/2016/085
 - 12.) Niederschlagung von Forderungen aus der Gewerbesteuer
Vorlage: BV/2016/092
 - 13.) Erlass von Forderungen aus der Gewerbesteuer gem. § 227 Abgabenordnung
Vorlage: BV/2016/093
 - 14.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 32. nichtöffentlichen Sitzung vom 12.07.2016
 - 15.) Mitteilungen und Anfragen
-

15.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste

15.2 Liquiditätsbedarf der Kombibad Wedel GmbH
Vorlage: MV/2016/074

15.3 Normenkontrolle
Vorlage: MV/2016/068

16.) Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2.) Anhörung der Beiräte

Es ist nur ein Vertreter des Seniorenbeirates anwesend. Es gibt von seiner Seite nichts zu berichten.

3.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 12.07.2016

Es werden weder im öffentlichen noch im nichtöffentlichen Teil des Protokolls Änderungen gewünscht. Der Ausschuss beschließt bei 4 Enthaltungen und damit 9 Ja-Stimmen:

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

4.) Schriftliche Anfragen

Herr Rüdiger verliest die Anfrage der SPD-Fraktion. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Schmidt teilt mit, dass die Anfrage in der Firewall der Stadtverwaltung hängen geblieben war und erst am heutigen Vormittag freigegeben wurde. Für eine Beantwortung war es daher zu spät. Seines Erachtens ist außerdem der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss zuständig. Er schlägt vor, die Antwort der Verwaltung dort einzubringen und diese aber nachrichtlich auch an den HFA zu geben. Hiermit ist die Fraktionsvorsitzende der SPD einverstanden.

**5.) Ergebnisse der Interfraktionellen Arbeitsgruppe www.wedel.de
Vorlage: BV/2016/084**



Herr Dr. Bakan erklärt zu Beginn der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt, dass ungewöhnlich ist, dass zu dieser Beschlussvorlage ein Teil der Begründung mitbeschlossen werden soll. Bisher bestand zwischen Politik und Verwaltung seines Wissens Einvernehmen, dass Begründungen zu Beschlussvorlagen nicht mitbeschlossen werden. Er hätte sich zu dieser BV daher den zu beschließenden Teil als Anlage zu der BV gewünscht. Herr Schmidt gibt ihm recht und sagt zu, zum Rat eine Änderung im Sinne der Anregung Herrn Dr. Bakans vorzunehmen und eine entsprechend geänderte BV vorzulegen.

In der sich anschließenden Aussprache bittet Frau Borgmeyer darum, das Verfahren deutlicher zu formulieren, für den Fall, dass zu einem Artikel der Verfasser des Textes unbekannt ist. Es muss in solchen Fällen klar erkennbar sein, von wem, welcher Institution, welchem Verein bzw. Verband der Artikel stammt. Die Verwaltung sagt zu, zum Rat eine entsprechende deutlichere Formulierung aufzunehmen.

Herr Dr. Murphy spricht sich sodann für die vorgeschlagene Variante B aus, wonach bei Artikeln der Parteien bzw. Fraktionen das Logo der jeweiligen Partei hinzuzufügen ist. Damit sieht der Leser sofort, von wem der Artikel stammt.

Herr Kissig für die CDU spricht sich für Variante A aus. Danach muss kein Logo verwendet werden, es kann stattdessen ein Foto eingefügt werden, was nach seiner Auffassung Artikel spannender macht und von größerem Interesse ist. Die Bürger wollen zu einem Artikel z.B. zum Grünkohlessen der CDU ein Bild dazu sehen und nicht das Parteilogo. Die Bürger, so Herr Kissig, sind mündig und wissen, wer den entsprechenden Artikel verfasst hat, zumal der Parteiname zu Beginn des Textes erscheint.

Frau Borgmeyer für die Grüne-Fraktion spricht sich auch für Variante B aus. Sie regt an, jetzt nicht weiter Argumente auszutauschen, sondern abzustimmen. Die Argumente wurden hinreichend in der eingesetzten Arbeitsgruppe zu wedel.de ausgetauscht. Dort waren alle Fraktionen vertreten.

Frau Koschorrek erklärt, dass sie zwar kein Fraktionsvotum mitbekommen habe, aber für die FDP spricht auch sie sich für Variante B aus.

Der HFA beschließt so dann mit 7:6:0 Stimmen, dem Rat zu empfehlen:

Beschluss

Variante A.

Jetzt beschließt der Ausschuss inkl. der Anregung Frau Borgmeyers einstimmig, dem Rat zu empfehlen:

Beschluss

Der Rat beschließt die in der Anlage enthaltenen Ergebnisse der interfraktionellen Arbeitsgruppe.

Bei Punkt 2.1 „Kennzeichnung der Artikel von Fraktionen“ der Anlage wird die

Variante beschlossen.

6.) Haushalt

6.1.) Mündlicher Sachstandsbericht

Herr Schmidt gibt bekannt, dass nach dem derzeitigen Stand ein Jahresüberschuss von 367 Tsd. Euro prognostiziert werden kann. Herr Scholz informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass das für 2017 zu erwartende Ergebnis von von Minus 588 Tsd. Euro auf Plus 59.500,-- Euro verbessert werden konnte. Grund hierfür sind höhere als erwartete Zuweisungen der Gemeindeanteile an der Umsatzsteuer. Leider plant das Land aber, die höheren Gemeindeanteile ab dem nächsten Jahr wieder zu kürzen.

6.2.) Strategische Ziele der Stadt Wedel - Umformulierung des Handlungsfeldes 7 - Finanzen

Vorlage: BV/2016/075/1

Frau Koschorrek beantragt zu Beginn der Beratung:

Antrag:

Das Wort „langfristig“ soll gestrichen und ersetzt werden durch „...bis 2030“.

Herr Dr. Murphy trägt die Änderungsanträge und die Begründung der Linke-Fraktion vor, die dem Protokoll als Anlage beigelegt sind.

Ergänzend stellt er fest, dass der Vertagungsbeschluss im UBF zum Erweiterungsbau GHS vermuten lässt, dass die Mehrheit mit einer Umsetzung des heute zu fassenden Beschlusses offenbar schon in 2016 anfangen will, obwohl in Neumünster über 2018 oder 2017 diskutiert wurde und eine Mehrheit dort für 2017 war. Die Verschiebung des Beschlusses lässt seines Erachtens Schlimmes erwarten.

Es folgt eine längere und teilweise kontroverse Debatte, in der Herr Kissig sich für die schnelle Vorlage der neuen BV bedankt, aber bemängelt, dass die Präsentation aus Neumünster nicht wenigstens in Kurzfassung beigelegt ist. Man muss zu der Vorlage seiner Meinung nach auch die Darstellung der Finanzsituation der Stadt erkennen können. Er zeigt sodann noch einmal auf, dass hier keine theoretische Debatte geführt wird, weil ein paar Ratsmitglieder sich das Thema Sparen auf die Fahnen geschrieben haben. Vielmehr hat die große Mehrheit der Politik verstanden, dass die Stadt aufgrund der hohen Verschuldung große Probleme bekommen kann. Allein eine 1 % tige Zinserhöhung ließe den Schuldenberg sofort um eine weitere Million anwachsen. Das müssen die Bürger bezahlen. Hinzu komme das angehäuften Defizit

von 28 Mio Euro, was durch Steuerausfälle entstanden ist. Darum ist auch „langfristig“ die richtige Formulierung und nicht „bis 2030“. Dieses Ziel ist niemals zu erreichen. Würde man z.B. einen Betrag von 600.000,--€ jährlich für den Schuldenabbau annehmen, wäre dieser Betrag 56 Jahre lang jährlich aufzubringen. Ob Steuermehreinnahmen einen schnelleren Abbau der Schulden erzeugen könnten, ist reine Spekulation und kann nicht als Ziel festgelegt werden. Herr Kissig appelliert an die Ausschussmitglieder, jetzt mit dem Sparen anzufangen und nicht gleich am Anfang schon durch Anträge Änderungen einzufordern.

Frau Borgmeyer erklärt, dass in ihrer Fraktion der Geist von Neumünster nur mäßig wehte. Die Grüne-Fraktion hält den Vorschlag der Verwaltung, weniger als 1 Million festzulegen für vernünftig. Daher können die Grünen den diesbezüglichen Antrag der Linke-Fraktion unterstützen. Aber, so Frau Borgmeyer: Neumünster ist das eine, der Showdown passiert im Rat. Die Politik hat jetzt die Verantwortung, das Defizit abzubauen. Sie plädiert, den Geist von Neumünster aufzunehmen und jetzt mit den Debatten zu den unterschiedlichen Meinungen der Fraktionen aufzuhören. Hierüber wurde in Neumünster ausreichend und umfassend diskutiert. Abschließend erklärt sie, dass ihr der Moderator in Neumünster sehr gut gefallen habe. Er hat die Finger in die Wunden gelegt und den Blick der Politik mit seinen klaren Worten geschärft.

Herr Schmidt geht auf den Wortbeitrag von Herrn Dr. Murphy ein und macht deutlich, dass es zwar richtig sei, dass die GHS eine klare Zusage zu einem Erweiterungsbau bekommen hatte. Aber auch die GHS ist Teil der Stadt und muss sich den finanziellen Situationen stellen. Es hat ihn außerdem durchaus irritiert, dass zu einem ersten Spatenstich eingeladen wird, obwohl die entsprechenden Beschlüsse durch die Politik noch gar nicht gefällt waren. Der 1. Bauabschnitt, so der Bürgermeister, muss auch aus seiner Sicht umgesetzt werden. Beim 2. Bauabschnitt sollte aber noch einmal kritisch geguckt werden. Er stellt auch noch einmal heraus, dass niemand im Ausschuss von „wir lassen das jetzt“ gesprochen hatte. Es gab berechnete Fragen und entsprechenden Klärungsbedarf. Das, so Herr Schmidt, sei legitim.

Herr Dr. Bakan geht auch auf die UBF-Sitzung ein. Richtig ist, so der Vorsitzende, dass zwar die versehentlich zu niedrig angegebenen Folgekosten aufgeklärt werden konnten. Aber Fragen zum Brandschutz müssen geprüft werden. Gesetzlich vorgeschriebene Brandschutzmaßnahmen können ganz schnell in den 5 und 6 stelligen Bereich gehen.

Zur vorliegenden Beschlussvorlage erklärt Herr Dr. Bakan, dass die WSI dieser ohne Änderungswünsche zustimmen wird.

Herr Dr. Murphy möchte von Irgendjemanden wissen, wieso vor der Sommerpause für den Ausbau der Ostmole des neuen Hafens mal eben 2 Mio Euro bewilligt wurden und nach der Sommerpause für den mit 660.000,-- Euro angegebenen 1. Bauabschnitt an der GHS eine Vertagung beschlossen wurde. Die Vertagung erfolgte mit der Begründung, man müsse genauer hinsehen. Wieso gilt das nicht für den Hafen ?

Herr Grabau ist empört über die Aussagen Herrn Dr. Murphys und weist diese scharf zurück. Erstens, so Herr Grabau, gehe es bei der GHS nicht um 660.000,-- Euro sondern für den 1. Und 2. Bauabschnitt um 2 Millionen. In der UBF-Sitzung habe außerdem keine Fraktion den Ausbau auch nur eine Sekunde in Frage gestellt. Es ging bei der Vertagung um sehr berechnete Fragen. In 3 Wochen tagt der Ausschuss bereits wieder. Da kann man nicht von einer riesigen Verschiebung einer Entscheidung sprechen. Herr Dr. Murphy, so Herr Grabau, baue völlig unnötigerweise bei Lehrern und Eltern Ängste auf.



Nach weiterer Diskussion beschließt der Ausschuss über die Anträge von Frau Koschorrek und Herrn Dr. Murphy.

Antrag von Frau Koschorrek

Bis 2030. Langfristig streichen.

Frau Koschorrek zieht ihren Antrag zurück.

1. Antrag von Herrn Dr. Murphy

1 Mio Jahresüberschuss streichen und ersetzen durch „mittleren 6 - stelligen Betrag“

Beschluss

Der Antrag wird mit 1:10:2 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen) abgelehnt.

2. Antrag von Herrn Dr. Murphy

Gegenfinanzierungsvorschläge auch über die Fachausschusskompetenz hinaus. Verwaltung soll die Möglichkeit haben, bei der vorgeschlagenen Gegenfinanzierung den Gesamthaushalt im Auge behalten und über den Tellerrand der Ressorts hinausblicken zu können.

Beschluss

Der Antrag wird mit 1:10:2 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen) abgelehnt.

3. Antrag von Herrn Dr. Murphy

Beginn der Umsetzung ab 2018.

Beschluss

Der Antrag wird mit 3:8:2 (ja/nein/Enthaltungen) Stimmen abgelehnt.

Jetzt beschließt der Ausschuss über die Verwaltungsvorlage mit 12:0:1 Stimmen, dem Rat zu empfehlen:

Beschluss

Der Rat beschließt die Umformulierung des strategischen Handlungsfeldes 7 - Finanzen folgt:

Die Stadt soll langfristig die finanzielle Handlungsfähigkeit erreichen. Die vorgetragenen Jahresfehlbeträge sollen langfristig ausgeglichen werden. Es ist ein Jahresüberschuss von mind. 1 Mio. € pro Jahr zu erwirtschaften. Sämtliche Jahresüberschüsse sind ebenfalls zur Deckung der aufgelaufenen Fehlbeträge zu verwenden oder der Rücklage zuzuführen.

Leistungserweiterungen, die „von außen“ auf die Stadt Wedel zukommen (z.B. Tarifierhöhung, Änderung Rechtslage): Diese Mehraufwendungen werden durch Mehrerträge (wie zum Beispiel durch Steuererhöhungen) oder Minderaufwendungen gedeckt. Soweit Leistungserweiterungen „von innen“

(Politik oder Verwaltungsvorschlag) kommen, muss eine Gegenfinanzierung beschlossen werden. Die Gegenfinanzierung liegt vorrangig in der Verantwortung des zuständigen Fachausschusses. Soweit keine Gegenfinanzierung beschlossen wird, bringt die Verwaltung eine Beschlussvorlage zu Mehrerträgen (z.B. durch Steuererhöhung) oder Minderaufwendungen ein.

Investitionen dürfen die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt nicht beeinträchtigen. Sofern die Stadt bei einem ausgeglichenen Haushalt die Zinsen und Abschreibungen für Investitionen aus dem Ergebnishaushalt bezahlen kann, ist eine Investition möglich. Zusätzliche Investitionen müssen sich innerhalb von 4 Jahren amortisiert haben.

7.) Mitteilungen und Anfragen

7.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen, Prüfaufträgen und To-do-Liste

Änderung einer Ausschussbezeichnung

Herr Schmidt gibt bekannt, dass der Seniorenbeirat vorgeschlagen hat, den Ausschuss für Jugend und Soziales umzubenennen in Sozialausschuss. Der Ausschuss hat diese Änderung empfohlen. Herr Schmidt schlägt vor, die entsprechende Änderung der Hauptsatzung aus Kostengründen erst bei weiteren Änderungen vorzunehmen. Trotzdem kann der Ausschuss so bezeichnet werden. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Sachstand Wedelecs

Auf Nachfrage von Frau Borgmeyer erklärt Herr Krüppel, dass in Sachen Wedelecs ein Termin zwischen Stadtwerken und Herrn Grass vereinbart wurde.

Sachstand Neukonzeption Öffentlichkeitsarbeit

Frau Borgmeyer fragt die Verwaltung, nach dem Sachstand Neukonzeption Öffentlichkeitsarbeit. Hierüber wurde nach dem Workshop vor 1 Jahr ein entsprechender Beschluss zum Handlungsfeld Öffentlichkeitsarbeit gefasst.

Frau Weisser erklärt, dass die Beteiligten Bossen, Thoß und Weisser hierzu auf Grundlage des erarbeiteten Handlungsfeldes ein Konzept erarbeiten sollen.

Änderungen bei Tagesordnungen HFA und Rat

Herr Kissig fragt, warum es den eigenen TOP „Schriftliche Anfragen“ gibt. Kann das nicht mit unter diesem Top „Mitteilungen und Anfragen“ aufgenommen werden?

Herr Schmidt erklärt, dass der TOP Schriftliche Anfragen schon weit vor seiner Zeit so aufgenommen wurde. Er kann sich vorstellen, dass im Sinne des Vorschlags von Herrn Kissig zu ändern.

Hiermit sind alle Ausschussmitglieder einverstanden.

Kostenaufstellung zu Kosten für externe Gutachten und Beratungen

Herr Dr. Murphy bezieht sich auf eine Anfrage im Landtag. Es soll mitgeteilt werden, wie hoch die Kosten der Ministerien für extern beauftragte Gutachter oder externe Beratung sind. Er fragt, ob man das auch für die Stadt Wedel ermitteln kann.

Herr Schmidt antwortet, dass hierzu gerade eine Prüfung durch den Landesrechnungshof erfolgt war und die Daten daher bekannt sind. Er sagt die Verteilung des Ergebnisses an den HFA zu.

Hinweisschild zur Müllentsorgung am Hundestrand

Herr Grabau möchte wissen, ob man am Hundestrand Hinweisschilder auf Müllentsorgung aufstellen kann. Es sieht dort sehr vermüllt aus.

Herr Schmidt glaubt nicht, dass das Problem durch Schilder abgeschafft werden kann. Es sind außerdem Schilder dort, die nicht beachtet werden. Ohne immense Sach- und Personalkosten wird man das Müllproblem dort nicht in den Griff bekommen. Der Bauhof säubert außerdem dort schon, soweit man mit dem Bauhoffahrzeug dort heranfahren kann.

Herr Dr. Bakan regt an, auf den vorhandenen aber s.E. wenig beachteten extra eingerichteten Müllablageplatz hinzuweisen.

Sachstand Wohnunterkunft Industriestraße

Herr Zwicker gibt bekannt, dass in der kommenden Woche endlich die Treppe angeliefert wird. Nach deren Einbau kann es weiter gehen. Herr Schmidt ergänzt, dass die Stadt derzeit keinen Belegungsdruck hat.

Herr Degener gibt bekannt, dass der Sozialausschuss die Unterkunft besichtigen möchte. Herr Schmidt gibt das an die Zuständigen im Haus weiter.

**8.) Jahresabschluss 2012
Feststellung des Ergebnisses
Vorlage: BV/2016/079**

Nachdem Herr Scholz und Herr Schmidt Fragen beantwortet haben, beschließt der Ausschuss einstimmig, dem Rat zu empfehlen:

Beschluss

Der Rat beschließt den Jahresabschluss 2012 mitsamt den Anlagen, den Lagebericht sowie den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 der Stabsstelle Prüfdienste.

Zum Ausgleich des Jahresfehlbetrags in Höhe von 17.150.317,42 € wird die Ergebnismittelrücklage in Höhe von 11.301.823,86 € in Anspruch genommen. Der übersteigende Betrag von 5.848.493,56 € wird als Jahresfehlbetrag auf neue Rechnung vorgetragen.

Vor der Beratung der TOP 9-15 schließt der Vorsitzende die Öffentlichkeit aus.

16.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Herr Dr. Bakan stellt die Öffentlichkeit wieder her und unterrichtet die Öffentlichkeit über die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse wie folgt:

TOP 10 Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofes zum Energiemanagement

Der Ausschuss hat wie folgt empfohlen:

Der Rat möge die anliegende Stellungnahme der Stadt Wedel zur Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein „Ergebnis der Prüfung Energiemanagement in den Mittelstädten Ahrensburg, Kaltenkirchen, Quickborn und Wedel 2015“ beschließen.

TOP 11 Grundstücksangelegenheit Wedel Nord

Der Beschlussvorschlag wurde abgelehnt.

TOP 12 und 13 Niederschlagung bzw. Erlass von Forderungen

Beide Beschlussvorlagen wurden beschlossen. Aufgrund des Steuergeheimnisses erfolgt keine Veröffentlichung des Beschlusses.

Um 21.40 Uhr verabschiedet der Vorsitzende alle Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitzende/r

Martina Weisser
Schriftführer/in

Datum der
Unterschrift



